

**Interfraktionelle Interpellation GLP/JGLP, FDP/JF (Corina Liebi, JGLP / Nik Eugster, FDP): Alles für die Katz? Auswirkungen des geplanten neuen Fallführungssystems des Kantons Bern (NFFS) auf das kürzlich eingeführte Citysoftnet**

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Ist sich der Gemeinderat der Problematik bewusst, dass die geplante verpflichtende Einführung des NFFS durch den Kanton Bern per 2026 die Ablösung des erst kürzlich eingeführten Fallführungssystems Citysoftnet zur Folge hätte?
2. Wie gedenkt der Gemeinderat auf diese Entwicklungen zu reagieren? Wie wurde das Projekt Citysoftnet aufgrund der Entwicklung von NFFS angepasst, z.B. mit dem Verzicht auf weitere Investitionen?
3. Hat der Gemeinderat im Vorfeld der Einführung von Citysoftnet im Sommer resp. Herbst 2023 geprüft, ob nicht eine direkte Beteiligung am Pilotversuch des Kantons Bern per 2025 die sinnvollere Lösung gewesen wäre, als sich abzeichnete, dass Citysoftnet nicht als kantonale Lösung in Frage kommt?
4. Welches Gemeinderatsmitglied hatte den Geschäftslead für Citysoftnet und wie wurde sichergestellt, dass die direktionsübergreifende Zusammenarbeit zwischen BSS und SUE funktionierte?

**Begründung**

Im Rahmen der Wintersession genehmigte der Kanton Bern einen Objektkredit für die «Beschaffung, Realisierung und Einführung des neuen Fallführungssystems im Kanton Bern (NFFS)» für die Jahre 2024 bis 2028. Das erklärte Ziel dieser Massnahme besteht darin, die heterogenen Fallführungssysteme der Sozialdienste, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) sowie der Arbeitsintegration der bernischen Gemeinden zu vereinheitlichen. Dies soll ein papierloses, medienbruchfreies Arbeiten und einen nahtlosen Informationsaustausch zwischen den involvierten Stellen ermöglichen. Gemäss Planung ist nach einer Pilotphase im Jahr 2025 die flächendeckende Einführung des NFFS ab 2026 bei allen 85 Nutzerorganisationen, einschliesslich der Stadt Bern, vorgesehen.<sup>1</sup> Die Regierung des Kantons Bern hat wiederholt ihre Absicht bekundet, die Implementierung des NFFS für alle Gemeinden verpflichtend zu machen. Vor diesem Hintergrund scheint die kürzliche Einführung von Citysoftnet in Bern doch einige Fragen aufzuwerfen. Der Kanton hat diesbezüglich Stellung bezogen und angegeben, dass eine Kooperation mit dem Verein Citysoftnet und der Stadt Bern angesichts der damals geplanten Auflösung des Vereins im Jahr 2024 und der Übertragung der Eigentumsrechte an der Software an den Lieferanten nicht mehr in Betracht kommt. Eine indirekte Kooperation wäre nur dann möglich gewesen, wenn der Lieferant von Citysoftnet ein Angebot im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung für das NFFS eingereicht und den Zuschlag erhalten hätte, was jedoch nicht der Fall war.<sup>2</sup>

Vor dem Hintergrund, dass der Kanton plant, ein anderes System als Citysoftnet einzuführen und Schnittstellenlösungen lediglich als temporäre Optionen betrachtet werden, ergibt sich für die Stadt

---

<sup>1</sup> Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion: Ausgabenbewilligung für die Beschaffung, Realisierung und Einführung des «Neuen Fallführungssystems im Kanton Bern (NFFS)». Objektkredit 2024 bis 2028, URL:

<https://www.gr.be.ch/de/start/geschaeft/geschaeftssuche/geschaeftsdetail.html?guid=d559336255a14bc58cb9f616b99e2d69> Stand: 17.01.2024

<sup>2</sup> Ebd., S 19

Bern die Notwendigkeit, nur wenige Jahre nach der Implementierung von Citysoftnet auf das NFFS umzusteigen. Dies wirft ernsthafte Fragen hinsichtlich der Gesamtkosten des Projekts, der bereits bewilligten und potenziellen Nachkredite sowie der Effizienz der Investition auf. Sollte es tatsächlich zu einer Umstellung kommen, würde die Stadt Bern nach aktuellem Stand fast 19 Millionen Schweizerfranken in den Sand setzen. Zudem stellt die Aussicht auf eine weitere Systemumstellung eine erhebliche Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dar, die bereits unter der aktuellen Systemumstellung leiden.

Angesichts dieser Situation erscheint es dringend notwendig, die Implikationen dieser Entwicklungen für die Stadt Bern zu diskutieren sowie geeignete Massnahmen zu ergreifen, um die Interessen und das finanzielle Wohl der Stadt zu wahren.

Bern, 1. Februar 2024

*Erstunterzeichnende: Corina Liebi, Nik Eugster*

*Mitunterzeichnende: Yasmin Amana Abdullahi, Michael Hoekstra, Michael Ruefer, Claude Grosjean, Janina Aeberhard, Gabriela Blatter, Florence Pärli Schmid, Ursula Stöckli, Oliver Berger, Thomas Hofstetter, Tom Berger*